

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besitzer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; anlässlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbitmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 235

Mittwoch, den 8. Oktober 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil

Bei der Amtshauptmannschaft und dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft ist  
die Sprechzeit für das Publikum vom 13. Oktober 1930 ab wie folgt festgesetzt worden:  
Montag bis Sonnabend von früh 8— mittags 1 Uhr und  
Donnerstag nachmittags von 3—5 Uhr.  
Kraftfahrzeuge werden an allen Werktagen in der Zeit von vormittags 10—1/12 Uhr abgestempelt.  
Amtshauptmannschaft und Bezirksverband Ramenz  
am 8. Oktober 1930.

## Gewerbesteuer

Als Unterlage für die Beteiligung der Gemeinden am Steueraufkommen im Rechnungs-  
jahre 1930 hat jeder Arbeitgeber gemäß § 35 Abs. 4 des Gewerbesteuergesetzes  
bis spätestens den 17. d. Mts.

eine Nachweisung der von ihm am 10. d. Mts. beschäftigten Arbeitnehmer einsch. der Beihilfenge  
und der vorübergehend unbeschäftigten (Kurzarbeiter, Kranke pp.) nach Wohnorten getrennt  
einzureichen.

Vordrucke hierzu werden aufgestellt. Sie sind auf das Genaueste auszufüllen und unter-  
schriftlich zu vollziehen, ihre Einreichung kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.  
Pulsnitz, am 4. Okt. 1930.  
Der Stadtrat

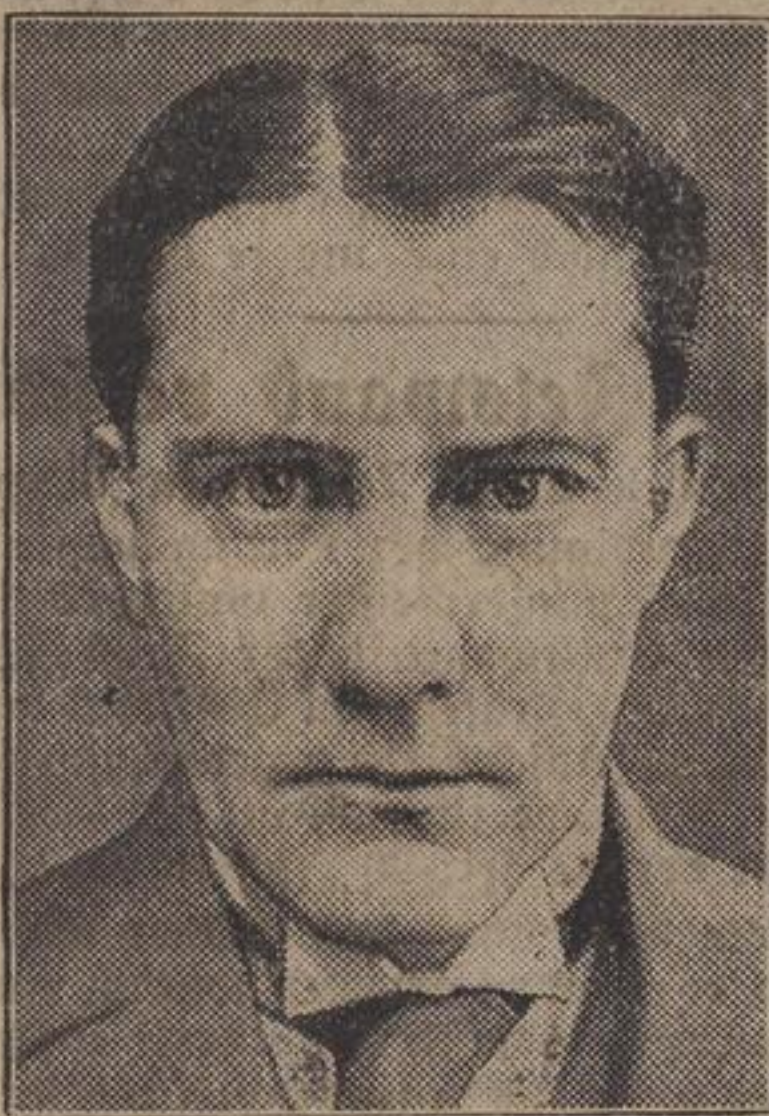
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

## Die Staatspartei gespalten

### Austritt des Jungdeutschen Ordens

Berliner Presse zur Spaltung der Staatspartei — Koch-Weser legt den Vorsitz der demokratischen Partei nieder  
Das amerikanische Finanzblatt „Journal of Commerce“ für Revision des Tributplanes  
460 000 Mann in Brasilien mobilisiert

In der Dienstag-Sitzung des Aktions-Ausschusses der  
Deutschen Staatspartei erklärten die Vertreter des Jung-  
deutschen Ordens unter Führung Mahrauns ihren Austritt  
aus der Staatspartei.



Arthur Mahraun,  
der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Ueber die Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deut-  
schen Staatspartei am Dienstag wurde ein gemeinsames Communiqué aus-  
gegeben, in dem es heißt:

„In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deut-  
schen Staatspartei am Dienstag wurde der Antrag, angesichts  
der vorgetretenen Schwierigkeiten, das Zusammenarbeiten der  
verschiedenen politischen Richtungen in ihrer organisato-  
rischen Selbständigkeit zunächst innerhalb der Deutschen  
Staatspartei unberührt zu lassen, abgelehnt. Des weiteren  
wurde der Antrag, die Führung der Partei durch Ausschul-  
tung bestimmter Personen zu ändern, abgelehnt. Hiernach  
erklärten Arthur Mahraun und die Mitglieder  
der Volksnationalen Reichsvereinigung im  
Hauptaktionsauschuß der Deutschen Staatspartei ihren  
Austritt aus der Deutschen Staatspartei mit der Be-  
gründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen  
das weitere Verbleiben in der Deutschen Staatspartei un-  
möglich machten.“

Der  
Antrag auf Aenderung der Führung der Partei,  
von dem in dem Communiqué gesprochen wird, war von dem  
Jungdeutschen Ordenskanzler Bornemann gestellt worden.  
Der Antrag lautete: „Von Seiten des Herrn Ministers  
Höpker-Aschoff ist mehrfach erklärt worden, daß er an  
der Staatspartei niemals mitgearbeitet hätte, wenn er ge-  
wußt hätte, daß Christlichsoziale daran beteiligt seien. Der  
Staatssekretär Meier hat erst heute noch erklärt, daß auch  
er sich nur unter der Bedingung an der Deutschen Staats-  
partei beteilige, daß sie eine Linkspartei, d. h. eine Partei  
der linken Mitte sein solle. Damit ist ein weltanschaulicher  
Gegensatz gegeben, denn die Gründer haben die Staatspartei  
als eine Partei der aktiven sozialen und nationalen Mitte  
gewollt. Eine Möglichkeit zu weiterer vertrauensvoller Zu-

sammenarbeit sehen wir nur in dem Rücktritt der Exponen-  
ten dieser Ansicht von der Führung der Staatspartei.“

Die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung ent-  
wickelten am Dienstag nachmittag in einer Pressebesprechung  
die Gründe, die zur Spaltung geführt hätten. Mahraun  
erklärte, er hätte bei Gründung der Staatspartei das Ziel  
verfolgt, eine aktivistische Front der staatsbejahenden posi-  
tiven Kraft zu gründen und in dieser Front alle zu sam-  
meln, die zwischen Marxismus und negativem Rechtsradika-  
lismus stünden.

Die Trennung habe wegen weltanschaulicher und  
organisatorischer Gegensätze erfolgen müssen.

Dabei hätten aber keineswegs so kindliche Begriffe wie Anti-  
semitismus oder ein Antikapitalismus eine Rolle gespielt.  
Der Abgeordnete Bornemann erklärte, daß die Volks-  
nationalen ihr altes Ziel nicht aufgeben würden. Reichstags-  
abgeordneter Adolph trat den Gerüchten über angebliche  
Verhandlungen mit der Reichstagsfraktion des Christlich-  
sozialen Volksdienstes entgegen.

Auch die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete am  
Dienstag nachmittag eine Pressebesprechung. Minister Höp-  
ker-Aschoff erklärte u. a., es habe sich bei den Volks-  
nationalen von vornherein das Bestreben gezeigt, die demo-  
kratische Richtung innerhalb der Staatspartei zurückzudrän-  
gen. Mahraun habe bereits am 3. Oktober ein Rundschreiben  
an seine Organisationen hinausgehen lassen, in dem die  
Staatspartei als ein Zweckverband bezeichnet und festgesetzt  
werde, daß die Volksnationale Reichsvereinigung als selb-  
ständige Organisation aufrecht erhalten werden solle.

Reichsminister a. D. Koch-Weser hat den Vorsitz  
der Deutschen Demokratischen Partei niedergelegt  
und veröffentlicht folgende Erklärung: „Nachdem die Volks-  
nationalen zu meiner tiefen Enttäuschung den Austritt aus  
der Staatspartei vollzogen haben, lege ich mein Amt als  
Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei nieder. An  
dem Ziel einer Sammlung der Elemente der Mitte, die auf  
dem Boden des heutigen Staates und der heutigen Wirt-  
schaftsordnung stehen und die bereit sind, sie nach rechts eben-  
so wie nach links zu verteidigen, halte ich fest. Die Zeit für  
eine solche Entwicklung ist reif, ja überreif. Möchten die  
Menschen dazu reif werden, ehe es zu spät ist.“

### Blätterstimmen zur Spaltung der Staatspartei

Zur Spaltung der Staatspartei bemerkt das „Ber-  
liner Tageblatt“: Die Scheidung zwischen den Ro-  
mantikern und den Liberalen wird niemand überraschen, der  
die immer erstaunlicher werdenden Vorgänge in dieser Partei  
verfolgt hat. Noch mehr: Sie mußte von deren schon seit  
längerer Zeit, eigentlich schon seit der Geburtsstunde erwartet  
werden, die gleich uns die Gegensätze nicht nur der For-  
derungen, sondern schon der Formulierung und der ganzen  
Vorstellungswelt durchschaut hatten, die nur zu einer rein  
äußerlichen Verbindung gelangt waren. Man wird nur der  
Hoffnung Ausdruck geben können, daß die Staatspartei nach  
diesen äußerst trüben Erfahrungen wenigstens jetzt den Ver-  
erkennen möge, eine Vertretung des fortschritt-

## Das Wichtigste

In der Dienstag-Sitzung des Reichskabinetts fand die Aussprache über  
die Genfer Völkerbundtagung sowie über die im Reichstag einzuneh-  
mende Stellung in außenpolitischen Fragen statt. Das Reichs-  
kabinett stimmte einmütig den Ausführungen des Reichsaußen-  
ministers zu.

Nach Meldungen aus Buenos Aires wurde der Oberbefehlshaber der  
brasilianischen Regierungstruppen im Staate Pernambuco während  
eines heftigen Gefechts um die Stadt Pernambuco von den Auf-  
ständischen getötet.

Nach bisher unbefähigten Gerüchten aus Mexico-Stadt soll über der  
mexikanischen Bergarbeiterstadt Baguica ein schwerer Wolkensbruch  
niedergegangen sein. Bei dem Naturereignis sollen 60 Menschen  
umgekommen sein.

lichen Bürgertums zu sein, an der es ohnehin nach-  
gerade mangelt. — Die „Vossische Zeitung“ schreibt  
unter der Ueberschrift „Und doch Zusammenbruch“:  
Es liegt kein Grund vor, an den guten Willen der Ordens-  
männer zu zweifeln, der Idee der Zusammenfassung zu dienen.  
Sie haben aber offenbar die Widerstände im eigenen Lager  
unterschätzt. Der Auszug aus der Staatspartei bedeutet  
einen Rückzug der Führer vor der Gefolgschaft. Der Jung-  
deutsche Orden, dessen Einsatz Mahraun mit der Not des  
Vaterlandes begründet hatte, hat die Probe dieses Einsatzes  
nicht bestanden. Die Deutsche Staatspartei hat 20 Mandate  
erzielt. Wäre der Erfolg größer gewesen, vielleicht hätten  
sich die Gegensätze, die im Feuer des Wahlkampfes zu immense  
schienen, allmählich überbrücken lassen. Ob die neuen poli-  
tischen Kampfbündnisse, die im „Jungdeutschen“ aufgeführt  
werden, eine Verwirklichung finden werden, bleibt abzuwarten.  
Sedenfalls wird ein neuer Einbruch in die Parteifront nicht  
mehr so leicht gelingen. Was mit dem Jungdeutschen Orden  
nicht möglich war, das muß jetzt durch die Zusammenarbeit  
der Organisationen, die sich nun einmal nicht ausschalten  
lassen, erreicht werden.

### Für Revision des Tributplanes

Berlin, 8. Oktober. Das Newyorker Finanzblatt  
„Journal of Commerce“ macht, wie Berliner Blätter mel-  
den, für die künftige Reparationsregelung und die Bezahlung  
der Alliierten-Schulden an Amerika bedeutsame Vorschläge.  
Nach einer Anspielung auf die bevorstehende Konferenz der  
Notenbankleiter, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Luther  
teilnimmt, erklärt das Blatt die im Umlauf befindlichen Ge-  
rüchte für wohl begründet, nach denen bei dieser Besprechung  
die Revision des Youngplanes eine Rolle spielen werde.  
Im übrigen werde sich nach Ansicht des Blattes eine Revi-  
sion des Youngplanes früher, als jemals gedacht worden  
sei, als notwendig erweisen. Das Blatt schlägt in diesem  
Zusammenhang vor, die an den Reparationen beteiligten  
Länder sollten zunächst eine Vorkonferenz abhalten. Hierbei  
müsse versucht werden, festzustellen, wo die Leistungsgrenze  
für Deutschland bei seinen Zahlungen an die Alliierten liege.  
Die in den Verträgen vorgesehenen Beträge, die über ein  
erträgliches Maß hinausgingen, müßten rücksichtslos gestrich-  
ten werden.

### Mobilisierung von 460 000 Mann in Brasilien

London, 8. Oktober. Nach Meldungen aus Rio de  
Janeiro haben der Gouverneur des Staates Sao Paulo und  
die Gouverneure von drei weiteren Staaten dem Präsidenten  
ihre Loyalität erklärt. Der Mobilisierungsbefehl der Regie-  
rung umfaßt 10 Jahrgänge, die zusammen mit der Marine-

